



in der Stadtverordnetenversammlung

30. November .2019

An den Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadt Pohlheim  
Herrn Prof. Dr. Helge Stadelmann

Ludwigstr. 31  
35415 Pohlheim

Sehr geehrte Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktionen von CDU und der FW bitten für die nächste Stadtverordnetensitzung folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

### **Prüfung von Baumpflanzungen und gesetzlichen Pflanzgeboten**

1. Der Magistrat wird gebeten bei künftigen Bebauungsplänen für Bepflanzungen von Grundstücken (vgl. § 9 Absatz 1 Nummer 25 BauGB) verbindliche Fristen dafür festzulegen. Die Vorlage einer Satzung - vergleichbar der bestehenden Ablösesatzung für Stellplätze – wird erbeten. Dabei sollen Ablösegebühren für Nichtpflanzungen erhoben und einem sog. Pflanzpool zugeführt werden. Die Gelder daraus sind zweckgebunden für Neuanpflanzungen auf städtischen Grundstücken zu verwenden.
2. Der Magistrat wird um Prüfung und Bericht gebeten, ob und unter welchen Voraussetzungen Neuaufforstungen vor Ort umsetzbar sind und in welchen Fällen dafür Fördermittel zur Verfügung stehen.
3. Die Möglichkeiten über den Aufbau eines Ökokontos bzw. eines Kontos für Ausgleichsmaßnahmen sind für beide Punkte beim Landkreis abzufragen.

Begründung:

Die Kommunen können Eigentümer verpflichten, ihr Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist den nach § 9 Absatz 1 Nummer 25 getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplans zu bepflanzen. Dieses Pflanzgebot wurde in der Vergangenheit allzu oft nicht ausreichend beachtet. Die Antragsteller möchten für künftige Bebauungspläne in diesem Punkt ein Umdenken erreichen und schlagen den Erlass einer entsprechenden Satzung vor. Sofern die Eigentümer die Bepflanzungen – aus welchen Gründen auch immer – nicht durchführen, soll eine Ablösezahlung erfolgen. Die gesammelten Gelder sind zweckgebunden für Neuanpflanzungen zu verwenden.

Der zweite Punkt betrifft die Möglichkeit von Waldaufforstungen. Wenn übereinstimmend dringender Handlungsbedarf festgestellt wird, sollten damit verbunden vor Ort die Notwendigkeiten geprüft, bezeichnet und ggf. erste Maßnahmen eingeleitet werden. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Waldbesitzern geschehen. Auf die Bedeutung unserer Wälder muss an dieser Stelle nicht gesondert hingewiesen werden.

gez.

Matthias Jung  
(Fraktionsvorsitzender)

gez.

Ulrich Sann  
(Fraktionsvorsitzender)